

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Politikwissenschaft
Sommersemester 2004
Proseminar: Am Anfang steht das Problem -
Einführung in die Durchführung empirischer Studien
Dozentin: Susanne in der Smitten, M.A.



Melanie Borucki, Petra Gramer, Katharina Hoppen, Josef Korte, Simone Terbrack:

Europa?!

Gründe für die (Nicht-)

Teilnahme an der Europawahl

- eine empirische Studie zur Europawahl 2004 -

Versicherung

"Wir versichern, dass wir die nachstehende Arbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und uns anderer als der in der Arbeit angegebenen Hilfsmittel nicht bedient haben. Alle Stellen, die sinngemäß oder wörtlich aus Veröffentlichungen übernommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht."

Münster, 03.08.2004

Melanie Borucki
Petra Gramer
Katharina Hoppen
Josef Korte
Simone Terbrack

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	4
II. Forschungsstand	8
III. Operationalisierung.....	13
IV. Durchführung.....	16
V. Univariate Statistik.....	18
VI. Bivariate Statistik.....	25
VII. Fazit und Ausblick	31
Literatur.....	33
Anhang I: Fragebogen	35
Anhang II: Regeln für den Interviewer	36
Anhang III: Berechnung der Indizes.....	38

I. Einleitung

Am 13. Juni 2004 war Europawahl. Zum sechsten Mal seit 1979 wurde das Europäische Parlament direkt gewählt. Dieses Jahr geschah dies zum ersten Mal von europäischen Bürgern aus 25 EU-Mitgliedsstaaten, insgesamt waren 342 Millionen wahlberechtigte Europäer aufgerufen, ihre Stimme für Europa abzugeben. Ein kontinentaler Meilenstein war diese Europawahl auch, weil zum ersten Mal Bürger aller Mitgliedsstaaten gleichzeitig wählten.¹ Zu bestimmen waren 732 Abgeordnete, die die nächsten fünf Jahre im Europäischen Parlament (EP) ihren Sitz haben werden.

Die Wahl ist auch deswegen so entscheidend für Europa, da das Parlament das einzige direkt vom Bürger gewählte und somit unmittelbar legitimierte Organ der Europäischen Union (EU) ist. Die Wahl ist somit die einzige Möglichkeit des Bürgers, direkt über Angelegenheiten der EU zu entscheiden, ohne dass dies nur mittelbar über seine Nationalregierung geschieht.

Die Bedeutung der EP-Wahlen ist mit der Ausweitung der Kompetenzen des Parlaments gewachsen. Die Rechte des Europäischen Parlaments wurden im Zuge von Vertragsänderungen wie der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), und den Verträgen von Maastricht, Amsterdam und Nizza sowie außervertraglicher Regelungen ständig ausgeweitet.² Hatte das Parlament ursprünglich nur Anhörungsrechte und später bereits bescheidene Haushalts- und Kontrollrechte, aber bei über 70% der Gesetzgebung keine Beteiligung³, so besteht seit Inkrafttreten der EEA 1986 ein sukzessive eingeführtes Kooperations- und Zustimmungsverfahren sowie seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 ein Mitentscheidungsverfahren bei dem Erlass von Rechtsakten in Zusammenarbeit mit dem Ministerrat.⁴ Heute hat es Gesetzgebungsrechte auf vielen Gebieten, starke Haushaltsbefugnisse über die Hälfte der Gesamtausgaben, parlamentarische Kontrollrechte gegenüber Ministerrat und Kommission sowie Beratungsfunktionen und Ernennungsrechte.⁵ In vielen Bereichen

¹ Anm.: Gleichzeitig jedoch nur im Sinne einer Blockung, ein einheitliches Datum gab es nicht. So fand die Wahl von Donnerstag, 10. Juni, bis Sonntag, 13. Juni, statt auf Grund der Tradition einiger Länder immer am Donnerstag die Wahlen stattfinden zu lassen. Die meisten Länder ließen jedoch am Sonntag abstimmen.

² vgl. Maurer, Andreas/ Wessels, Wolfgang 2003: *Das Europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza: Akteur, Arena oder Alibi?* Baden-Baden. S. 13.

³ vgl. Ebd. S. 101.

⁴ vgl. Ebd. S. 100.

⁵ vgl. O. V. o. J. : *Mehr Kompetenzen für das Parlament*. In: Onlineausgabe Europäisches Parlament - Informationsbüro für Deutschland, gefunden unter:

<http://www.europarl.de/index.php?rei=8&dok=389&vers=norm&giveid=388&PHPSESSID=b4886c7990f8976142d22c0a57c543cb>, abgerufen am 04.06.2004

und Politikfeldern sind seine Befugnisse jedoch beschränkt und es steht in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem stark hinter den Polit-Promis des Europäischen Rates bzw. des Ministerrates zurück.

Vielleicht ist gerade deswegen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament immer wieder so eine schwache Wahlbeteiligung zu beobachten. Anscheinend ist es weder dem Europäischen Parlament selbst noch den anderen am Europäischen Integrationsprozess involvierten Akteuren gelungen, ausreichende Anreize für den Gang zur Wahl zu schaffen. EU-weit lag die Beteiligung an der Europawahl 1999 bei 49,9% und schwankte in den meisten Mitgliedsländern knapp unter bzw. um die 50%.⁶ Starke Ausreißer nach oben waren Belgien (91% der stimmberechtigten Bevölkerung), Griechenland (75,3%) und Luxemburg (87,3%). In diesen Ländern herrscht jedoch auch eine gesetzliche Wahlpflicht. Nur Italien und Spanien schafften es mit 70,8% bzw. 63% auf annähernd hohe Werte auch ohne Wahlpflicht.⁷ Negativrekorde schaffen die Niederlande (30,3%) und Finnland (30,1%), bzw. Großbritannien wo 1999 nur gut ein Viertel der Bürger (24%) von seinem Wahlrecht Gebrauch machte. Dies ist auch für Großbritannien ein trauriger Negativwert. Bei den vorrausgehenden EP-Wahlen lag die Wahlbeteiligung immerhin noch über 30%. In vielen Ländern (besonders Italien und den Niederlanden) zeichnete sich eine kontinuierlich schrumpfende Beteiligung an der Europawahl ab. Und tatsächlich waren es 2004 europaweit auch nur noch 44,6%⁸ der stimmberechtigten EU-Bürger, die das Parlament gewählt haben.

1999 gingen auch die Deutschen in so geringer Zahl wie noch nie bei einer EP-Wahl zur Urne. Es waren nur noch 45,2% im Gegensatz zu den gut um die 60% schwankenden Werten von 1979-1994.⁹ Im Jahr 2004 wurden es noch mal ein paar weniger. Der historische Tiefstand von 43%¹⁰ wurde erreicht. Das sind besonders

⁶ Anm.: Diese und die folgenden Prozentzahlen zur Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von 1979-1999 entstammen den Statistiken aus: o.V. o. J.: *Wahlergebnisse und Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europaparlament 1979 bis 1999 in Deutschland*. und o.V. o. J.: *Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament seit 1979 in %*. Beide in: Onlineangebot: Europa – Eine gute Wahl, gefunden unter: <http://www.europa-waehlt.de/main.php?id=477&PHPSESSID=69320fb77e3c9a9055386abfe7ea99ea>, abgerufen am 04.06.2004

⁷ Anm.: In Italien besteht auf Europaebene keine Wahlpflicht, die Wahlbeteiligung ist dort traditionell sehr hoch. vgl. Heyer, Axel 2003: *Europawahl in Italien*. In: Europa-Digital, gefunden unter <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/wahl04/italien.shtml>, abgerufen am 19.07.2004

⁸ vgl. o.V.: *Wahldebakel für die SPD – Absturz in Europa und Thüringen*. In: Westfälische Nachrichten vom 14.06.2004 Nr. 136. S. 1.

⁹ vgl. diese und die folgenden Zahlen zur deutschen Wahlbeteiligung bis 2002: o. V. o. J.: *Die Wahlbeteiligung in Deutschland 1871-2002*. In: Onlineangebot des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Mainz, gefunden unter http://www.politik.uni-mainz.de/Bereich/bereich1210/lehre/Falter/Falter_VL_WS03_04/FOLDL04_Wahlbeteiligung_Deutschland_WS0203.pdf, abgerufen am 04.06.2004

¹⁰ o. V.: *Wahldebakel für die SPD – Absturz in Europa und Thüringen*. In: Westfälische Nachrichten vom 14.6.2004 Nr. 136 S. 1.

niedrige Werte, wenn man sie mit denen von anderen Wahlen in der Bundesrepublik vergleicht. Seit 1953 lag die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum deutschen Bundestag stets über 80%, seit der Wiedervereinigung auch noch konstant um die 80%. Insgesamt lässt sich feststellen, dass in Deutschland die Wahlbeteiligung als Gradmesser politischer Integration im vergangenen Jahrzehnt deutlich zurückgegangen ist.¹¹ Mit einer Beteiligung bei der Bundestagswahl 2002 von 79,1% ist das Interesse an diesen Wahlen aber trotz des Rückgangs noch entscheidend höher als bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Diese empirische Studie will nun untersuchen, warum die Wahlbeteiligung in Deutschland bei der Wahl zum Europäischen Parlament so niedrig ist. Dabei soll die Motivation der Bürger zur Wahl zu gehen analysiert werden unter besonderer Berücksichtigung ihres Bildungsstandes und Medienkonsums, sowie ihres Wissens über und ihr Interesse an der Europäischen Union und der Wahl.

Das Thema dieser empirischen Studie ist somit das politikwissenschaftliche Teilgebiet der „Internationalen Beziehungen“. Näher betrachtet befasst sich die Arbeit mit dem Gebiet der Europapolitik, da sie sich mit der Entscheidung zur Wahl des Europäischen Parlaments auseinandersetzt. Besonderes Problem soll hierbei sein, inwieweit die Entscheidung zur Wahl des Europäischen Parlaments durch Medienkonsum und sozioökonomische Faktoren beeinflusst wird. Die Frage ist also inwieweit der Kenntnisstand und das Hintergrundwissen über die Europäische Union für die Entscheidung wählen zu gehen eine Rolle spielen.

Das Problem hat eine außerordentliche Relevanz. Dies nicht nur, weil es sich um ein sehr aktuelles Thema handelt, sondern auch aus fachlicher und gesellschaftlicher Perspektive. Aktuell ist es so interessant, weil sich die Entwicklung der empirischen Studie und des Fragebogens auf die unmittelbaren Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament erstreckte, die Befragung selber fand sogar am Samstag direkt vor der sonntäglichen Europawahl statt. Man konnte somit erwarten, dass die Menschen in dieser Zeit für das Thema der Europapolitik besonders sensibel waren und sich eventuell schon mit ihrer Entscheidung auseinandergesetzt hatten.

Auch fachlich ist es sehr interessant, weil die Wahlforschung eine lange Geschichte in der Politikwissenschaft hat und ein beliebtes Forschungsfeld ist. Sie fing bereits mit den Erfolgen der demokratischen Bewegung im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts an. Seitdem finden sich bereits Wahlergebnisse in offiziellen Statistiken, je nach Land

¹¹ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 2003²: Datenreport 2002. *Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn. S. 599.

allerdings in unterschiedlichem Umfang und auf unterschiedlichem Niveau.¹² Das Kapitel zum Forschungsstand wird dies näher ausführen.

Aber gerade auch gesellschaftlich kann die vorliegende Studie eine besondere Relevanz entwickeln, da der Versuch besteht zu analysieren, welche sozialen Schichten mit welchem Bildungsstand und welchem Interesse und Wissen an Europa und um die Europawahl tatsächlich zur Wahl gehen bzw. es nicht tun. Außerdem kann untersucht werden, wie die Bürger im Europawahlkampf erreicht werden können und aus welchen Medien sie ihr Wissen über Europa rekrutieren. Daraus können wichtige Schlüsse für Verantwortliche in den verschiedenen Institutionen der Europäischen Union, die sich mit Öffentlichkeitsarbeit beschäftigen, sowie für die Wahlkämpfer der politischen Parteien gewonnen werden. Sie können ein Feedback erhalten, ob ihre Wahlwerbung richtig platziert ist und ob sie die erwünschten Ergebnisse erzielt.

Diese empirische Studie zur Europawahl versucht also in der Tradition großer Wahlforscher aber doch auf eigenen Prämissen die Gründe für die Entscheidung zur Europawahl zu gehen bzw. nicht zu gehen herauszufinden.

¹² Vgl. Roth, Dieter 1998: Empirische Wahlforschung. Opladen. S. 7.

II. Forschungsstand

Das Gebiet der Europawahlforschung ist definitionsgemäß ein relativ junges Gebiet der Politikwissenschaft. Seit 1979 wird das Europäische Parlament von den Bürgern direkt gewählt und empirische Untersuchungen über Interesse und Wissen über Europawahlen sowie über die Wahlbeteiligung und -entscheidung konnten dementsprechend erst seit diesem Zeitpunkt durchgeführt werden.

Weiter zurück reicht die Tradition der Wahlforschung in der Politikwissenschaft allerdings bei Studien über das Wahlverhalten der Bürger bei Bundes-, Landes-, und Kommunalwahlen bzw. bei Wahlen in anderen Staaten der Welt. Dieser Forschungsbereich zählt somit zu den in vielerlei Hinsicht schon oft bearbeiteten Feldern der Politikwissenschaft. Im Mittelpunkt der klassischen Wahlforschung steht die Analyse des Wählerverhaltens, d.h. mit der „Beschreibung, Erklärung und Prognose der individuellen Wählerentscheidung“¹³ sowie „der Verteilung der Partei-, Kandidaten-, Sachpräferenzen in der Wählerschaft“¹⁴.

Historisch gesehen gewann die deutsche Wahlstatistik und -forschung mit der ersten Reichstagswahl 1871 große Bedeutung.¹⁵ Bereits 1907 hat sich Eugen Würzburger des Phänomens der „Partei der Nichtwähler“ angenommen, wobei ihn bereits die möglichen Ursachen der Wahlenthaltung interessierten. Er stellte fest, dass gut ein Drittel tatsächlich verhindert waren und die Nichtwähler nicht ausschließlich einer politischen Richtung zuzuordnen sind.¹⁶

In den 1920er Jahren wurde in den USA erstmals die Befragung als Instrument der Wahlforschung eingesetzt. Charles E. Merriam und Harold F. Gosnell von der University of Chicago gingen den Gründen für die Nichtwahl um das Bürgermeisteramt mittels Umfragen nach. Somit erhellte ihre Studie erstmals umfassend die verschiedenen Motive für das Nichtwählen.¹⁷

Inhaltlich knüpft die vorliegende Studie bei den genannten Untersuchungen zu den Gründen einer Nichtwahl an. Als Ergebnis der Nichtwählerstudien lässt sich insbesondere festhalten, dass Nichtwähler keine homogene Gruppe bilden. Es gibt

¹³ Schultze, Rainer-Olaf 2002: Wahlforschung. In: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze(Hrsg.) 2002: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München. S.1067-1072. S. 1067.

¹⁴ ebd. S. 1067.

¹⁵ Vgl. Roth, Dieter 1998: Empirische Wahlforschung. Opladen. S. 8.

¹⁶ Vgl. Würzburger, Eugen 1907: Die „Partei der Nichtwähler“. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 33, S. 381-389.

¹⁷ Vgl. Merriam, Charles E./Gosnell, Harold F. 1924: Non-Voting. Causes and Methods of Control. Chicago.

sowohl Dauernichtwähler als auch gelegentliche Nichtwähler, die entweder aus Protest, Gleichgültigkeit oder Zufallsgründen nicht wählen gehen. Nichtwählen wird auch nicht nur durch Individualmerkmale bestimmt, sondern ist immer auch Kollektivverhalten. Nichtwähler sind so zum Beispiel eher Menschen jüngeren Alters aus Städten, sozio-ökonomisch Mobile sowie gesellschaftliche Randgruppen.¹⁸ Diese Faktoren sollen jedoch nicht alle in die Untersuchung näher mit einbezogen werden, da sie nicht explizit die Beteiligung an der Europawahl erklären können.

Zu den Standardwerken der Wahlforschung zählen insbesondere die Forschungsergebnisse von Lazarsfeld (*The People's choice*, New York 1944), sowie das Werk *The Voter decides* (Evanston 1954) von Campbell, deren Theorien sich auf unterschiedliche Ansätze zur Erklärung des Wählerverhaltens gründen und die damit jeweils verschiedenen Schulen der Wahlforschung zugerechnet werden. Auch die von Lipset und Rokkan 1967 aufgestellte cleavage-Theorie beeinflusste die Forschung in diesem Bereich in besonderem Maße und ist damit ebenfalls als eine Grundlage der modernen Wahlforschung anzusehen.¹⁹

In der neueren deutschen Wahlforschung sind insbesondere die Beiträge der Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter und Dieter Roth hervorzuheben, die zu den führenden deutschsprachigen Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Wahlforschung zählen. Das von Falter herausgegebene Werk *Empirische Wahlforschung*²⁰ bietet ebenso wie das gleichnamige Handbuch von Roth²¹ eine umfassende Einführung in die Thematik der Wahlforschung und darf zu den jüngeren Standardwerken der Disziplin gerechnet werden.

Insbesondere hinsichtlich der angewandten Methoden und der allgemeinen Ergebnisse zu Partizipation und Präferenzen der Wähler sind die genannten Arbeiten für die vorliegende Studie relevant. Da sie sich jedoch nicht auf das – wie oben angedeutet relativ junge – Feld der Europawahl beziehen, können sie inhaltlich nur in sehr allgemeiner Hinsicht zur Lösung der im Zusammenhang mit dieser Studie behandelten Probleme beitragen.

Auf dem Gebiet der Europawahlforschung finden sich jedoch zwei Studien des Politikwissenschaftlers Hermann Schmitt, die für die hier vorliegende Arbeit nicht nur

¹⁸ Vgl. zu den Gründen des Nichtwählens: Lavies, Ralf-Rainer 1973: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht. Düsseldorf. S. 160-164.

¹⁹ Vgl. Schultze, Rainer-Olaf 2002: Wahlforschung. In: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) 2002: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München. S.1067-1072.. S. 1068ff.

²⁰ Vgl. Falter, Jürgen W. (Hrsg.) 2002: Empirische Wahlforschung. Wiesbaden.

²¹ Vgl. Roth, Dieter 1998: Empirische Wahlforschung. Opladen.

hinsichtlich ihrer Methodik und Vorgehensweise, sondern auch inhaltlich von hohem Interesse sind.

Dabei handelt es sich zum einen um die Studie *Politische Repräsentation in Europa, eine empirische Studie zur Interessenvermittlung durch allgemeine Wahlen*. In diesem Werk analysiert Hermann Schmitt den Zusammenhang zwischen den Einstellungen der Wähler zu politischen Sachfragen und ihrer Wahlentscheidung. Als Datengrundlage dient ihm dabei die von ihm mitinitiierte Europäische Repräsentationsstudie. Diese umfasst eine Befragung von 13000 europäischen Bürgern im Rahmen der Europawahlstudie 1994, sowie drei Eliteumfragen (eine Befragung der Kandidaten bei der Wahl des EP 1994, eine Befragung der Mitglieder des Europäischen Parlaments im Jahre 1996, sowie eine Befragung der Mitglieder von 11 nationalen Parlamenten in den Jahren 1996/97).

Schmitt stützt sich dabei auf die Grundannahme, dass Wähler sich für die Partei entscheiden, deren Politikangebot ihren Einstellungen am nächsten kommt. Dieser Prämisse liegt die in der neueren Wahlforschung verbreitete Annahme zugrunde, dass die „Prägenkraft der langfristig stabilen Determinanten des Wahlverhaltens“²² zurückgeht, was insbesondere zur Abnahme von sozialstrukturellen Regelmäßigkeiten und damit von langfristigen Parteibindungen führt.

Zu den zentralen Ergebnissen dieser Studie ist insbesondere die Aussage zu zählen, dass ebendiese in der modernen Wahlforschung weit verbreitete Annahme der schwachen Parteibindung nicht vorbehaltlos zutrifft, da sie „die Realität der Wahlentscheidung [...] nicht gut erklären“²³ kann. Vielmehr rücken laut Schmitt zentrale Probleme und die auf deren Lösung gerichteten Strategien der verschiedenen Parteien in den Mittelpunkt der Wahlentscheidung.

Bei der zweiten interessanten Arbeit zur Europawahl handelt es sich um die von Schmitt in Zusammenarbeit mit Cees van der Eijk vorgelegte Studie *Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen, eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl*²⁴. Im Mittelpunkt dieser Studie steht die immer wieder zu beobachtende schwache Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Es geht

²² Schmitt, Hermann 2001: Politische Repräsentation in Europa. Eine empirische Studie zur Interessenvermittlung durch allgemeine Wahlen. Frankfurt/New York. S. 122.

²³ Schmitt, Hermann 2001: Politische Repräsentation in Europa. Eine empirische Studie zur Interessenvermittlung durch allgemeine Wahlen. Frankfurt/New York. S. 122f.

²⁴ Schmitt, Hermann / Van der Eijk, Cees 2003: Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl. S. 279-302 in: Edeltraud Roller, Frank Brettschneider und Jan van Deth (Hrsg) 2003: Die Europäisierung der öffentlichen Meinung. Opladen.

dabei insbesondere um die Fragestellung, inwieweit das „strategische Nichtwählen“ ein bedeutendes Motiv für die Wahlenthaltung bei Europawahlen darstellt. Der Studie liegt dabei u.a. die Überlegung zugrunde, dass mittels Wahlen nicht nur über die zukünftige Politik einer politischen Gemeinschaft entschieden werden kann, sondern dass Wahlen auch zur politischen Legitimierung beitragen. Während die Beteiligung an einer Wahl in diesem Kontext als Unterstützung des politischen Systems interpretiert wird, wird die Stimmenthaltung möglicherweise als Entfremdung oder sogar Ablehnung gedeutet. Das Ziel der Studie besteht darin, empirisch zu prüfen, ob die geringe Wahlbeteiligung bei den bisherigen Europawahlen durch strategisches Nichtwählen zustande kommt und somit auch eine breite Ablehnung des politischen Systems der Europäischen Union durch die Wähler darstellt.

Basierend auf den Daten der Europawahlstudien 1989 und 1994, die im Rahmen der Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission erhoben wurden, sowie auf den Daten der Europawahlstudie 1999, die als repräsentative Telefonumfrage unmittelbar nach der Wahl in jedem Land der EU durchgeführt wurde, werden mögliche Zusammenhänge verschiedener in den Befragungen abgefragten Indikatoren mit der Wahlbeteiligung untersucht.

Im Ergebnis können die Autoren der Studie keinen konkreten Zusammenhang zwischen den geringen Wahlbeteiligungen und einer möglichen europafeindlichen und somit strategischen Stimmenthaltung feststellen. So deuten die statistischen Auswertungen eher auf einen sehr begrenzten Einfluss durch eine europafreundliche Einstellung auf die Wahlbeteiligung hin. Die Ursache der geringen Wahlbeteiligung scheint dem Urteil der Autoren nach somit weniger auf eine Ablehnung der EU durch die Wähler, sondern vielmehr auf den Mangel an politischer Aufregung und auf die politische Folgenlosigkeit der Europawahl zurückzuführen zu sein, die bei vielen Wählern zu Desinteresse und schließlich zur Stimmenthaltung führen.²⁵

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die o.a. Standardwerke besonders hinsichtlich der Methoden und der allgemeinen Erkenntnisse der Wahlforschung für die vorliegende Arbeit interessant sind, obwohl sie sich inhaltlich nicht oder nur eingeschränkt auf das Gebiet der Europawahlforschung beziehen.

²⁵ Vgl. Schmitt, Hermann / Van der Eijk, Cees 2003: Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl. S. 279-302 in: Edeltraud Roller, Frank Bretschneider und Jan van Deth (Hrsg) 2003: Die Europäisierung der öffentlichen Meinung. Opladen.

Auch die beiden ausführlicher dargestellten Studien von Hermann Schmitt sind, obwohl sie als zentrales Forschungsfeld die Europawahlen behandeln, von einem anderen Erkenntnisinteresse geleitet als die vorliegende Arbeit. Während die erste Studie die beiden Variablen „Wahlentscheidung“ und „persönliche Einstellung zu bestimmten Sachfragen“ miteinander verknüpft, wird in der zweiten Studie ein möglicher Zusammenhang zwischen der Entscheidung zur Nichtwahl und der Ablehnung der Europäischen Union untersucht. Damit stellen diese beiden Studien wichtige Erkenntnisse und Daten bereit, auf denen die Untersuchungen der vorliegenden Arbeit aufbauen können, beantworten jedoch nicht in ausreichendem Maße ihre zentralen Fragen.

In der vorliegenden Arbeit soll nämlich darüber hinaus ein Zusammenhang zwischen dem Medienkonsum, Bildung, sowie Wissen und Interesse an Europapolitik mit der Entscheidung, an der Europawahl 2004 teilzunehmen bzw. nicht teilzunehmen, untersucht werden. Ein möglicher Zusammenhang der Variablen ist als durchaus relevant zu betrachten, da er Aufschluss darüber geben kann, wie Wähler verschiedenen Bildungsstandes und mit unterschiedlichem Wissen über die EU und die Europawahl im Europawahlkampf erreicht wurden bzw. werden können und wie der Medienkonsum²⁶ das Wissen der Wähler über Europapolitik und die Entscheidung, an der Europawahl teilzunehmen, beeinflussen. Darüber hinaus verspricht die vorliegende Studie aber auch Erkenntnisse über die (Fehl-)Wirkung der Öffentlichkeitsarbeit für die Europawahl sowohl von Seiten der EU als auch der politischen Parteien.

Das erkenntnisleitende Interesse dieser Arbeit gilt damit der entscheidenden und noch nicht in ausreichendem Maße beantworteten Frage, inwieweit der Medienkonsum, der Bildungsstand sowie der Wissensstand und das Interesse bezüglich der Europapolitik die Entscheidung, an der Europawahl 2004 teilzunehmen, beeinflussen.

²⁶ Anm.: Der Medienkonsum soll sowohl in einer qualitativen als auch in einer quantitativen Hinsicht untersucht werden. Vgl. hierzu Anhang III.

III. Operationalisierung

Ausgehend von der leitenden Hypothese, dass stärkeres Interesse eines Wahlberechtigten an der EU / höheres Wissen über die bevorstehende Europawahl und die Europäische Union, ein höherer Medienkonsum und ein höherer Bildungsstand die Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament begünstigen, wurde zunächst ein Fragebogen²⁷ entworfen, der die Grundlage für die Durchführung von Interviews bilden sollte.

Das Messinstrument enthielt dabei nicht nur Fragen zum Interesse für die Europäische Union, zum Wissenstand über die Europawahl und die EU und den Medienkonsum, sondern erhob auch soziodemographische Faktoren. Dies war einerseits wichtig, um die Vergleichbarkeit mit anderen Studien zu gewährleisten, andererseits konnten durch die Erhebung dieser zusätzlichen Daten mögliche Störvariablen ausgeschlossen werden.

Im Bereich der soziodemographischen Faktoren wurden daher die Variablen „Geschlecht“²⁸ und „Alter“²⁹ sowie der „höchste erreichte Schulabschluss“ abgefragt. Letzterer diente gleichzeitig der Erhebung des Bildungsstandes, da sich Bildung am einfachsten über erlangte Zertifikate erfassen lässt, die wiederum mit bestimmten Bildungsabschlüssen erworben werden. Diese Studie orientiert sich dabei am nationalen Schulsystem und so spiegeln die Antwortkategorien die großen „Stufen“ des (west-)deutschen Schulsystems wider.³⁰

Der Bereich „Interesse an der Europäischen Union“ wurde innerhalb des Fragenkatalogs direkt mittels einer Skala von 1 („sehr niedrig“ bis 5 „sehr hoch“) gemessen. Grundannahme war hierbei, dass Menschen, die auf dieser Skala einen hohen Wert nennen, eher an der Europawahl teilnehmen. Denn politisches Interesse äußert sich, laut einer Definition des „Lexikons zur Soziologie“ (1994)³¹, nicht nur

²⁷ Anm.: siehe Fragebogen im Anhang.

²⁸ Das Geschlecht der befragten Person wurde über deren primären Geschlechtsmerkmale und nicht über deren subjektives Empfinden definiert.

²⁹ Das Alter der befragten Person wurde über deren vollendeten Lebensjahre definiert.

³⁰ Teilnehmern der Befragung, welche nicht das (west-)deutsche Schulsystem durchlaufen haben, jedoch gleichwohl Teil der Grundgesamtheit dieser Studie waren, wurde im Rahmen des Interviews die Möglichkeit gegeben, den eigenen höchsten erreichten Schulabschluss einer der vorgegebenen Antwortkategorien vergleichend zuzuordnen.

³¹ vgl. Fuchs-Heinritz, Werner / Lautmann, Rüdiger / Rammstedt, Otthein / Wienold, Hanns (Hrsg.) 1994: Lexikon zur Soziologie. Opladen.

anhand der „Bereitschaft, sich über den Bereich des Politischen zu informieren“ und der „Bereitschaft, sich eigene Urteile zu erarbeiten“, sondern vor allem auch durch die „Bereitschaft, an der politischen Willensbildung teilzunehmen“. Dies bedeutet, dass ein Wahlberechtigter, der sich in besonders hohem Maße für die Europäische Union - und damit für die Europapolitik – interessiert, auch ein hohes Interesse für die Teilnahme an der Wahl des EP haben sollte. Neben dieser direkten Abfrage des subjektiv empfundenen Interessengrades für die Europäische Union wurde das politische Interesse des Befragten aber zusätzlich auch in (fast) allen anderen Bereichen des Fragekataloges indirekt gemessen, was im Folgenden noch dargestellt werden wird.

Der „Wissensstand über die Europawahl sowie über die Europäische Union“ wurde innerhalb des Fragebogens anhand gezielter Wissensfragen zu diesen beiden Themenbereichen ermittelt. Die Hypothese, die diesen Fragen zu Grunde lag, war folgenden: Je mehr ein Wahlberechtigter über die bevorstehende Europawahl bzw. die EU weiß, desto eher nimmt er an der Wahl teil. Diese Überlegung ergibt sich aus der Definition des Begriffs „Wissen“, wie sie z.B. im „Net-Lexikon“ (einzusehen unter www.net-lexikon.de) zu finden ist: „Wissen (von althochdeutsch *wischan* = "gesehen haben") bezeichnet die Gesamtheit aller organisierten Informationen mitsamt ihrer wechselseitigen Zusammenhänge, die ein (vernunftbegabtes) System besitzt. Das Wissen erlaubt es einem solchen System sinnvoll und bewusst auf Reize zu reagieren.“³² Dieser Teil des Fragebogens untersuchte also das direkte Wissen über die Europawahl und die Europäische Union.

Gleichzeitig gibt die Anzahl richtiger Antworten auf Fragen nach der Europawahl bzw. der Europäischen Union aber auch indirekt Auskunft über das Interesse des Befragten an der Europäischen Union, da diese Anzahl einen wertvollen Indikator für die Messung der Bereitschaft, sich zu informieren, darstellt. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Fragen nach der Wahrnehmung von Wahlwerbung und der (eigenständigen) Einholung von Informationen über die Europawahl wichtig.

Die Fragen im Bereich „Medienkonsum“ des Fragebogens waren geleitet von der Annahme, dass Wahlberechtigte, die viele (seriöse, überregionale) Zeitungen, Zeitschriften sowie (politische) Magazine lesen und häufig (öffentlich-rechtliche) Nachrichtensendungen sowie Politsendungen im Fernsehen verfolgen, eher an der

³² vgl. o.v. o.J.: *Wissen (Definition)*. In: Net-Lexikon – das Lexikon im Internet, gefunden unter: <http://www.net-lexikon.de/Wissen.html>, abgerufen am 28.06.2004

Europawahl teilnehmen, als solche, die sich nicht so stark über das politische Tagesgeschehen informieren. Diese Hypothese hängt stark mit der Überlegung zusammen, dass seriöse, überregionale Zeitungen sowie öffentlich-rechtliche Nachrichten- und Politsendungen besser und häufiger über die bevorstehende Wahl des EP sowie auch insgesamt über die EU informieren. Konsumenten dieser Medien haben dadurch die Chance, ihr eigenes Wissen über die beiden genannten Themenbereiche zu erhöhen (was laut der Annahme dieser Studie wiederum zu einer verstärkten Teilnahme an der Europawahl führen sollte). Doch obwohl angenommen wurde, dass bestimmte Medientypen einen anderen Einfluss auf die befragten Personen haben, als andere, wurden die Fragen in diesem Bereich des Bogens bewusst offen gehalten, da so alle Antworten möglich blieben und ausgeschlossen werden konnte, dass die Befragten in die Richtung sozial-erwünschter Antworten gedrängt wurden.

Mit der Frage nach dem Konsum von Nachrichten- und Politsendungen konnte zudem auch wieder indirekt das politische Interesse des Befragten gemessen werden, da der regelmäßige Konsum solcher Medien einen guten Indikator für die Bereitschaft, sich ein eigenes Urteil zu bilden, darstellt.

IV. Durchführung

Die Grundgesamtheit der Untersuchung bildeten alle zur Teilnahme an der Europawahl berechtigten Bürger, weil nur zur Wahl berechnigte Bürger relevante Antworten für eine Erhebung zur Europawahl liefern konnten. Aus dieser Grundgesamtheit wurde eine Stichprobe bestimmt. Die Datenerhebung einer Stichprobe erschien insofern sehr sinnvoll, als dass zum einen eine Vollerhebung für die gesamte Europäische Union oder auch nur für die Bundesrepublik Deutschland mit den gegebenen Kapazitäten in der begrenzten Zeit unmöglich gewesen wäre und zum anderen eine Stichprobe den Schluss auf die Gesamtheit erlaubt. Gemäß der, von den Forschern zuvor aufgestellten, Befragungsregeln³³ wurde jeder fünfte Passant in der Münsteraner Innenstadt befragt. Diese Beschränkung auf eine Stadt hat forschungspragmatische Gründe; es handelt sich um den Studienort der Forscher.

Um den Fragebogen in seiner endgültigen Form zu entwickeln, wurde ein Pretest durchgeführt. In simulierten Interviewsituationen wurden über einen Zeitraum von zwei Wochen vor der eigentlichen Datenerhebung wahlberechnigte Freunde und Familienangehörige der Forscher zum Thema Europa und Europawahl befragt. Es war wichtig, den Pretest durchzuführen, um letztendlich Fragen, inhärente Komplikationen oder Unklarheiten bei der eigentlichen Umfrage zu vermeiden. Insgesamt beantworteten 14 Personen den ersten Entwurf des Fragebogens. Als besonders problematisch stellte sich in den Durchläufen heraus, dass viele Probanden den Begriff „Organ“ nicht mit Institutionen der EU in Zusammenhang bringen konnten. Außerdem antworteten vier Personen auf die Frage welche Printmedien sie konsumierten, dass sie Ihre Informationen hauptsächlich aus dem Videotext rekrutieren würden. Diese Erkenntnisse wurden insoweit berücksichtigt, als dass nun auch Videotext als relevante Antwort im Medienindex gelten sollte. Des weiteren war nun zu erwarten, dass eventuell Erklärungsbedarf bei der Frage nach den Organen der EU bestehen würde.

Die Erkenntnisse des Pretests führten folglich dazu, dass einige Antwortmöglichkeiten hinzugefügt oder präzisiert werden konnten. Die Frage nach der subjektiven Einschätzung der Motivation zur Wahlteilnahme bzw. zur Nichtteilnahme an der Wahl wurde neu in den Fragebogen aufgenommen.

³³ Anm.: siehe Regeln für den Interviewer im Anhang.

Letztendlich wurde die eigentliche Untersuchung am Samstag, den 12.6.2004, dem Tag vor der Europawahl, zwischen 10 und 15 Uhr in der Fußgängerzone von Münster mittels Passanteninterviews durchgeführt.

Ab ca. 12.30 Uhr behinderte starker Regen die Durchführung des Interviews, wodurch es relativ erschwert wurde, Passanten zur Teilnahme am Interview zu anzuhalten.

Es gilt im Ganzen jedoch unbedingt zu berücksichtigen, dass eine in Münster an 110 Personen durchgeführte Stichprobe am Tag vor der Europawahl – dem Objekt unseres Erkenntnisinteresses – nur sehr eingeschränkt als repräsentativ für Deutschland gelten darf. Das Ergebnisse der vorliegenden Studie wird keine deutschlandweite Validität beanspruchen können. Hierzu sind gegebenenfalls vergleichbare Statistiken anderer Studien oder demographische Daten in die weiterhin kritische Untersuchung einzubeziehen.

V. Univariate Statistik

Der Gesamtumfang der Daten beträgt 110 Interviewbögen, von denen alle gültig sind. Dieser Umstand verdankt sich aus der Interviewpraxis. Für die Befragung nicht geeignete Passanten wurden schon während des Interviews ausgeschlossen, wenn sich zum Beispiel während des Gesprächs herausstellte, dass der Befragte gar nicht berechtigt war an der Europawahl teilzunehmen. Entsprechende Bögen wurden an Ort und Stelle aussortiert und gingen nicht in den Befragungsumfang ein.

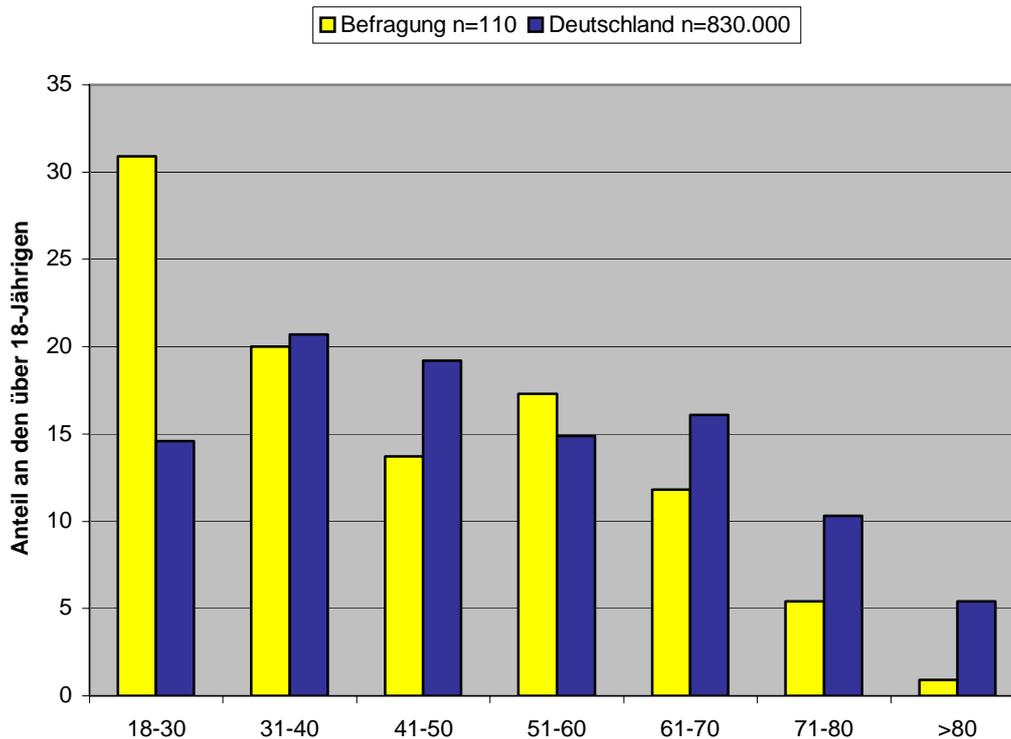
Doch nicht alle Fragebögen wurden vollständig beantwortet. Eine große Lücke zeigte sich vor allem bei der Frage 3.2., in der die Organe der Europäischen Union frei benannt werden sollten. Über ein Drittel der Befragten (35,5%) machte hier keine Angaben. Die Gründe für die Passanten, hier keine Antwort anzugeben, teilten sich nach Beobachtungen der Interviewer in zwei Gruppen. Auf der einen Seite gab es Befragte, die bei der Frage sofort oder nach kurzem Überlegen meinten, keine Organe namentlich zu kennen und die dann schnellstmöglich zur nächsten Frage übergehen wollten. Dies ist umso erstaunlicher, da von vielen dieser Befragten schon in Frage 2.2. das Europäische Parlament als zur Wahl stehendes Organ richtig betitelt wurde. Einen Zusammenhang konnten die Untersuchten offenbar nicht ausmachen. Weiterhin gab es eine zweite Gruppe, die Frage 3.2. nicht beantwortet hat, weil sie angab, lieber gar keine Organe als lauter falsche zu nennen und somit Wissenslücken zu offenbaren. Auch auf Anraten der Interviewer, dass dies unerheblich sei, waren sie nicht bereit einige aufzuzählen. Alle anderen Fragen wurden von 95% oder mehr der Befragten beantwortet.

Die weitere Auswertung der univariaten Statistik brachte einige interessante, so nicht erwartete Ergebnisse hervor. Ein deutliches Abweichen von der gesamtdeutschen Bevölkerung zeigt sich bei den für diese Untersuchung Befragten besonders deutlich bei den soziodemographischen Faktoren. Allein die Verteilung des Geschlechts der Befragten stimmt mit bundesdeutschem Durchschnitt nahezu überein. Die Aufteilung entspricht hier etwas einem 50/50 Verhältnis mit einem leichten Überhang von Frauen (Deutschland: 51,2%³⁴ Frauenanteil, eigene Befragung: 51,8%).

Gravierende Unterschiede machen sich jedoch in der Altersstruktur bemerkbar.

³⁴ eigene Berechnung nach Tabelle 1 in: *Statistisches Bundesamt 2003: Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn. S. 27.

Abb. 1: Altersstruktur



Quelle: eigene Darstellung

Legende: Die Befragtenanzahl n deutschlandweit beträgt beim jährlichen Mikrozensus 830.000 Personen in 390.000 Haushalten. Vgl.: Statistisches Bundesamt 2003: *Statistik von A-Z*. In: Destatis Online, gefunden auf <http://www.destatis.de/presse/deutsch/abisz/mikrozensus.htm>, abgerufen am 19.07.04

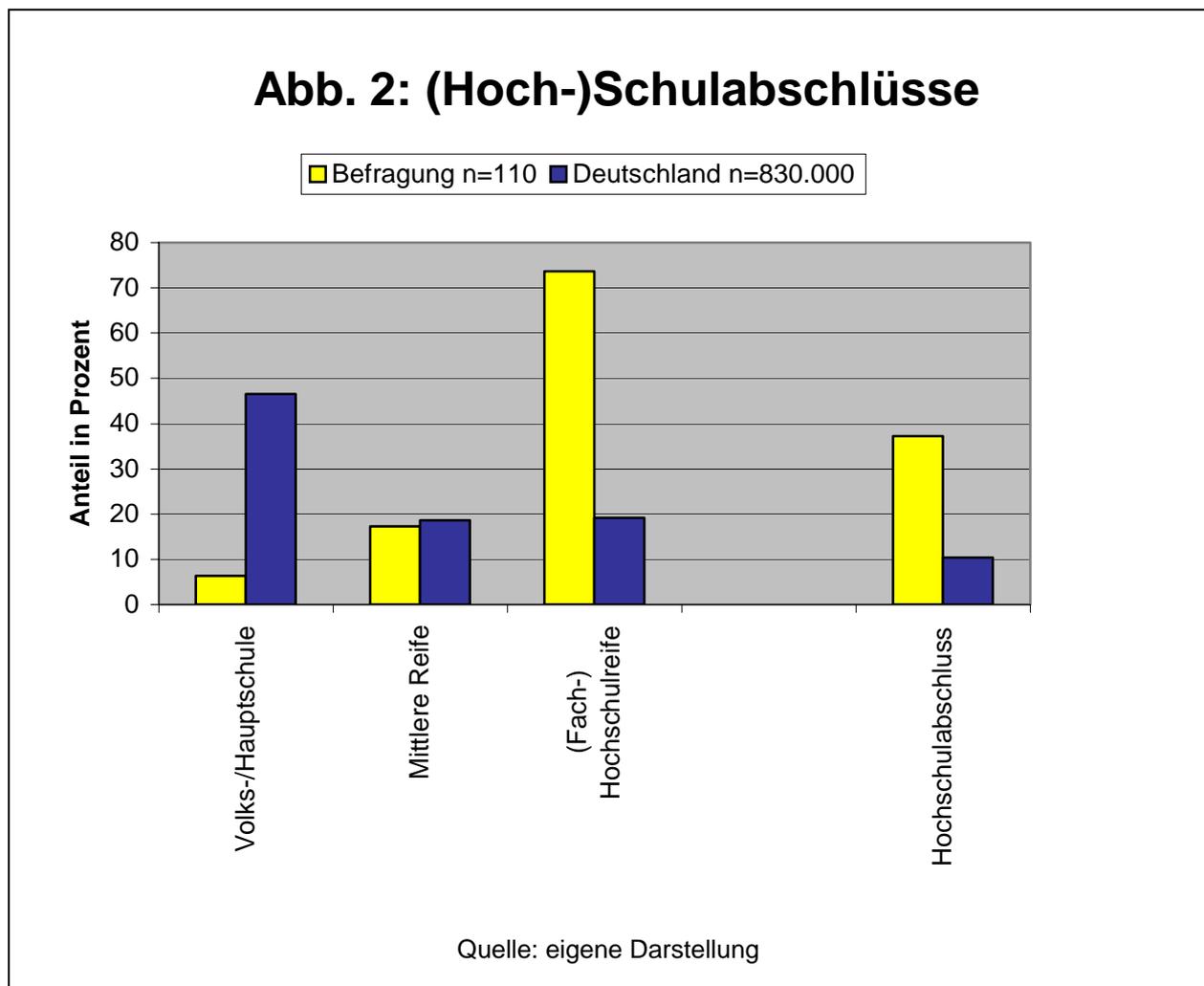
Während bundesweit nur 14,6%³⁵ der über 20jährigen zwischen 20 und 30 Jahre alt sind, macht bei der vorliegenden Untersuchung diese Altersgruppe fast ein Drittel der Befragtenmasse aus, die sogenannten „Twens“ sind also deutlich überrepräsentiert.³⁶ Dies ist ein eklatanter Unterschied zur Grundgesamtheit, der bei der Analyse der Antworten auf jeden Fall berücksichtigt werden muss. Unterschiede zeigen sich auch bei den 41-50- und 61-70jährigen die jeweils um gut ein Viertel unterrepräsentiert sind. Auch die Gruppe der über 70-jährigen ist in dieser Befragung deutlich zu schwach vertreten, in dem sie nur einen weniger als halb so großen Anteil aufweist als deutschlandweit. Die Unterschiede in der Aufteilung der Altersklassen lassen sich vielleicht damit erklären, dass junge Menschen eher bereit sind an Befragungen

³⁵ Anm.: Diese und weitere Zahlen zur Altersstruktur der BRD beruhen auf eigenen Berechnungen nach Abbildung 5 in: Statistisches Bundesamt 2003: *Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn. S. 36.

³⁶ Anm.: Es sei hier darauf hingewiesen, dass in der eigenen durchgeführten Befragung die jüngste Befragtengruppe auch 18- und 19jährige enthält, die in der entsprechenden Gruppe der Grundgesamtheit fehlen. Da feiner aufgeschlüsselte Daten jedoch nicht gefunden werden konnten, wurden aus forschungspragmatischen Gründen diese beiden Gruppen miteinander verglichen. Geringe Unterschiede im Umfang der Altersgruppe sind zu vernachlässigen.

teilzunehmen als ältere, vielleicht auch, weil sie sich den Interviewern verbundener fühlten, da diese ebenfalls alle aus der jüngsten Altersklasse entstammten.

Ein noch gravierenderer Unterschied zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit zeigt sich jedoch bei der Messung des Bildungsniveaus. Auch wenn man davon ausgeht, dass Münster (der Ort der Befragung) eine Stadt mit einer langen und ausgeprägten Bildungstradition ist, die sich in den vielfältigen Verwaltungseinrichtungen und der großen Universität mit einem Studentenanteil von gut 13,2% an der Gesamtbevölkerung manifestiert, sind die Differenzen offensichtlich.

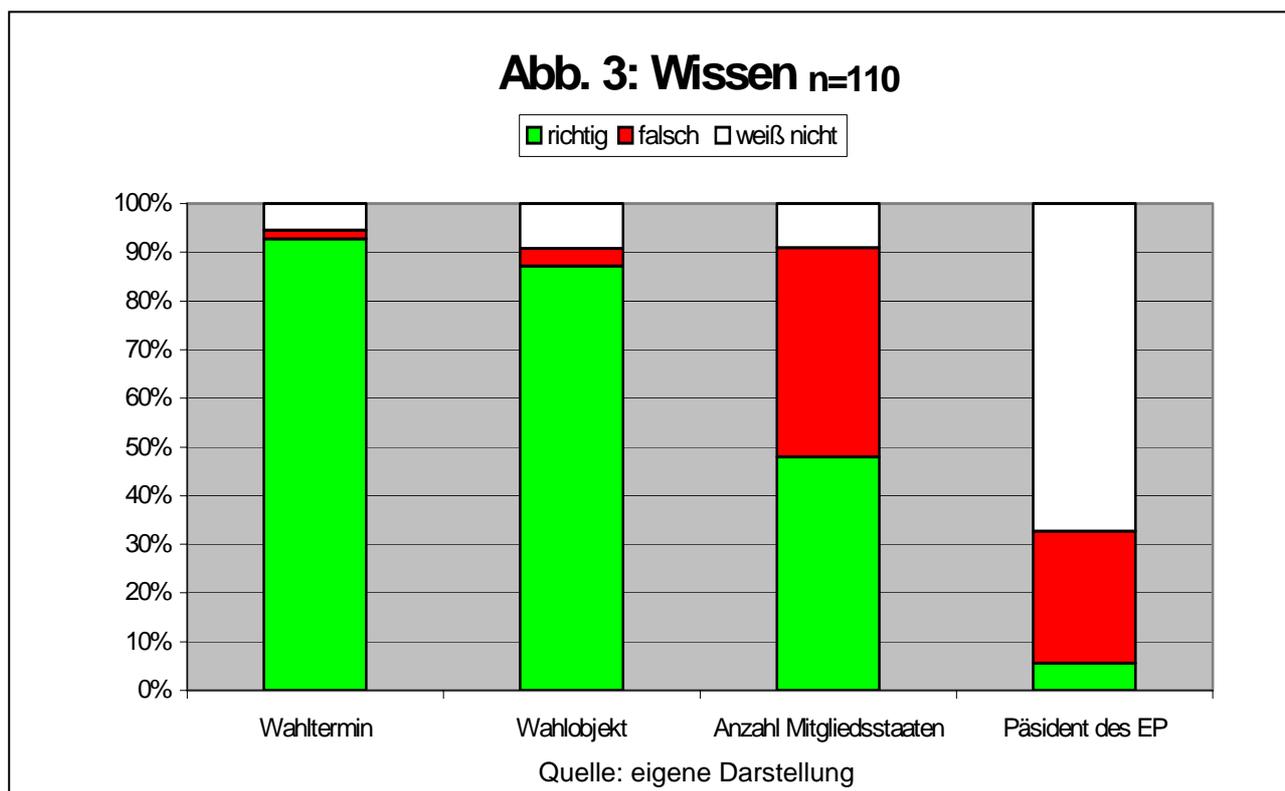


37,3% der Befragten gaben an über einen Hochschulabschluss zu verfügen, bundesweit sind es jedoch nur ein Zehntel³⁷ der Bevölkerung. Vier Passanten fügten sogar hinzu, promoviert zu haben. Dieses hohe Bildungsniveau zeigt sich auch bei der Anzahl der Befragten mit Fachhochschul- oder Hochschulreife. Bei der Befragung zur

³⁷ Anm.: Diese und die folgenden Zahlen zum Bildungsniveau der Deutschen entstammen eigenen Berechnungen nach Tabelle 17 und 18 in: Statistisches Bundesamt 2003: *Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn. S. 78f.

Europawahl waren es insgesamt fast $\frac{3}{4}$ der Teilnehmer, die über einen dieser beiden allgemein bildenden Schulabschlüsse verfügten. In der Grundgesamtheit besitzen jedoch nur ein Fünftel der Befragten ein entsprechendes Zeugnis. Dementsprechend fehlen in der Untersuchung Bürger mit niedrigeren Abschlüssen. Während sich die Anteile für das Erreichen der Mittleren Reife in etwa entsprechen, sind Volks- und Hauptschulabgänger sehr stark unterrepräsentiert. Von 110 Befragten hatten laut eigenen Angaben nur sechs einen Volksschul- und einer einen Hauptschulabschluss. Dem stehen 46,5% in der Grundgesamtheit gegenüber. Die wenigen Nennungen liegen vielleicht daran, dass Passanten mit einem niedrigen Bildungsniveau nicht sehr bereit sind an Befragungen teilzunehmen, weil sie fürchten, dass sich Wissenslücken offenbaren könnten, oder weil sie sich ihrer eigenen Meinung nicht sehr sicher sind und sie keinem Zweiten offenbaren möchten. Nicht auszuschließen ist leider auch, dass die Befragten sich im persönlichen Interview aus Angst vor abschätzigen Reaktionen schämten dem Interviewer ihren niedrigen Schulabschluss zu nennen. Aufgrund der geringen Datenmenge über Untersuchungseinheiten mit Volks- oder Hauptschulabschluss sind nähere Analysen über diese Gruppe mit Abstand zu betrachten. Rückschlüsse auf diese Gruppe in der Grundgesamtheit sind nur bedingt möglich.

Bei den Frage zum Wissen der Passanten über die Europawahl und die Europäische Union zeigten sich einige Ergebnisse, die so, auch gerade nach den Ergebnissen des Pretests, nicht erwartet wurden.



So kannten 92,7% der Befragten den Termin der Europawahl. Das ist insoweit nicht sehr verwunderlich, da der Wahltermin direkt am Tag nach der Befragung war. Außerdem hatten jeweils $\frac{3}{4}$ der Befragten schon Wahlwerbung auf Plakaten oder im Fernsehen gesehen, sowie die Hälfte sich gezielt über Medien informiert und ein Viertel hatte Gespräche und Diskussionen im Bekanntenkreis über die Wahl geführt. Erstaunliche 87,3% der Befragten wussten auch, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt wurden. Diese Zahl hat sehr überrascht, da beim Pretest ein Großteil der Befragten nicht wusste, was gewählt wird. Somit mag auch dieser hohe Wert mit der zeitlichen Nähe zum Wahltermin im Zusammenhang stehen.

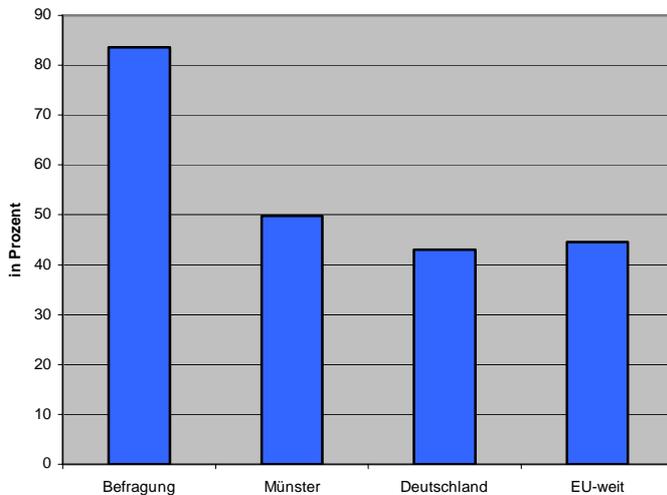
Bei dem Wissen über die Europäische Union schnitten die Befragten jedoch weniger gut ab. Knapp die Hälfte konnte die richtige Anzahl der EU-Mitgliedsstaaten nennen, satte 43% lagen hier falsch. Immerhin konnten 59,1% genau ein richtiges EU-Organ nennen, wobei das meistgenannte natürlich das Parlament war, das von den meisten schon als Wahlobjekt erkannt worden war. Zwei richtige Organe konnten immerhin ein Fünftel der Befragten nennen. Hier tauchte besonders oft der Europäische Gerichtshof auf, dessen Entscheidungen durchaus auf ein großes Medienecho stoßen. Obwohl auch der (Minister-)Rat viel Medienpräsenz erfährt, wird er nicht so sehr als richtiges Organ der EU wahrgenommen, er wurde deutlich weniger oft genannt. Nur ein Proband schaffte es, alle fünf Organe richtig zu benennen.

Die Spezialfrage nach dem derzeitigen Parlamentspräsidenten konnten nur 5,5% der Befragten richtig beantworten. Dies war jedoch genauso antizipiert worden und sollte besonders fortgeschrittenes Wissen über die EU offenbaren. Weit über die Hälfte entschied sich hier für die Option „Weiß nicht“. Ein Viertel nannte jedoch auch einen falschen Kandidaten, am häufigsten wurde hier Romano Prodi genannt, der damalige Kommissionspräsident.

Obwohl beim Wissen über die EU also schlecht abgeschnitten wird, ist das Interesse an der Europäischen Union nach den Angaben der Probanden eher überdurchschnittlich. So entschieden sich zwar 31,8% für den Mittelwert „3“, fast die Hälfte gab jedoch ein hohes bis sehr hohes Interesse an.

Bemerkenswert ist auch, dass ein großer Anteil der Befragten dem Parlament nur geringe Kompetenzen zuschreibt. Hier entschieden sich zwar fast die Hälfte der Probanden für den Mittelwert „3“, der sowohl Desinteresse als auch einen Mangel an Entscheidungsfreudigkeit dokumentiert, aber von den anderen, die sich für eine Tendenz entschieden, sprach der Großteil sich für geringe bis sehr geringe Kompetenzen aus.

Abb. 4: Wahlbeteiligung



Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten zu Münster, Deutschland und Europa in: Westfälische Nachrichten vom 14.06.2004, siehe Fußnoten fünf und sechs, mit sehr unterschiedlicher Anzahl der Befragten (n) pro Umfrage.

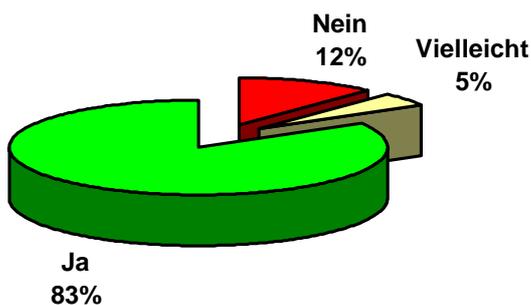
Traumwerte, über die sich alle Politiker und politisch Interessierten freuen würden, erhielt die Frage nach dem Wahlgang. 83,6% der im Rahmen dieser Untersuchung Befragten gaben an zur Wahl gehen zu wollen.

Dieser Wert ist meilenweit von der bundesweiten Wahlbeteiligung von 43%³⁸ entfernt. Die Partizipation an der Wahl in Münster lag zwar insgesamt etwas höher, nämlich bei gut der Hälfte der

Wahlberechtigten³⁹, reicht jedoch lange noch nicht an die obengenannten 83,6% heran. Nur 11,8% der Befragten sagten frei heraus nicht wählen zu gehen, und fünf von 110 Befragten wussten es noch nicht genau. Man muss also davon ausgehen, dass die

Abb. 5: "Werden Sie zur Wahl gehen?"

n=110



Quelle: eigene Darstellung

Probanden im hohen Maße die sozial erwünschte Antwort gaben, auch wenn sie nicht wirklich vorhatten wählen zu gehen. Dies ist eine große Schwierigkeit für die Untersuchung der leitenden Hypothese, wovon die Entscheidung wählen zu gehen abhängt ist, da nur wenige Probanden dies angegeben haben.

Die am häufigsten selbst genannten Gründe für den Wahlgang waren die allgemeine Pflicht wählen zu gehen, also das Argument, dass man ja immer zur Wahl gehe (insgesamt 33,6%) und mit 11,8% kam noch der Wunsch vor, etwas bewegen bzw.

³⁸ o. V. 2004: *Wahldebakel für die SPD – Absturz in Europa und Thüringen*. In: Westfälische Nachrichten vom 14.06.2004. Nr.136. S.1.

³⁹ Baumeister, Klaus 2004: „Auf dem Weg zur Volkspartei“ – Münsters Grüne zum ersten Mal zweite politische Kraft hinter der CDU. In: Westfälische Nachrichten vom 14.06.2004. Nr. 136. S. R MS 1.

verändern zu wollen. Der häufigste Grund nicht wählen zu gehen war der Mangel an Zeit, also ein zufallsbedingter Faktor des Nichtwählens und somit kein Protest- oder Gleichgültigkeitsausdruck. Das Motiv nicht wählen zu gehen von sechs Befragten lässt sich mit Hilfe des Rational-Choice-Ansatzes erklären. Sie wollten nicht wählen gehen, da sie entweder zu wenig Vertrauen zu den Parlamentariern hatten und von mangelnder Bürgernähe sprachen oder weil sie dem EP zu wenig Kompetenzen zuschrieben. Für sie lohnte sich nach eigenen Angaben der Aufwand des Wahlgangs also nicht. Als Dauernichtwähler hat sich dagegen niemand zu erkennen gegeben. Außerdem brachte nur gut über ein sechstel der Befragten in ihre Beweggründe zur Europawahl zu gehen einen expliziten Europabezug ein.

Insgesamt scheinen sich die Befragten jedoch sehr gut zu informieren, da jeweils nur ein neuntel, bzw. ein siebtel keine Printmedien bzw. keine Nachrichtensendungen konsumierten. Auch immerhin fast die Hälfte der Befragten gab an, regelmäßig Politsendungen zu verfolgen. Dies geschah deutlich öfter im öffentlich-rechtlichen Fernsehen als auf privaten Sendern. Im öffentlich-rechtlichen Bereich wurde dabei mehr Polittalk eingeschaltet, im privaten Bereich eher Politmagazine.

VI. Bivariate Statistik

Zu Beginn des Kapitels über die bivariate Auswertung der Befragung zur Europawahl sei noch einmal an die Ausgangshypothesen der vorliegenden Studie erinnert: Auf der einen Seite wurde die Hypothese aufgestellt, dass das Interesse an der Europapolitik sowie das Wissen um die Europäische Union und die Europawahl die Entscheidung, an der Europawahl 2004 teilzunehmen, positiv beeinflussen. In diesem Zusammenhang gilt auch dem Medienkonsum ein besonderes Interesse, wobei davon ausgegangen wird, dass ein hoher Konsum insbesondere seriöser und qualitativ hochwertiger Medien das Wissen um die EU und die Europawahl und die Entscheidung, an der Europawahl teilzunehmen, positiv beeinflusst.

Zur Überprüfung dieser Hypothesen wurden mehrere Indizes gebildet, mit deren Hilfe ein Zusammenhang der o.a. Variablen durch verschiedene Korrelationsanalysen überprüft werden soll. Im Einzelnen handelt es sich dabei um einen Index „Wissen Europawahl“, in dem die verschiedenen Einzelvariablen aus dem entsprechenden Kontext zusammengefasst sind. Ein weiterer Index setzt sich aus den Einzelvariablen aus dem Bereich des Wissensstandes über die Europäische Union zusammen („Wissen EU“). Der Index „Medienkonsum“ markiert eine sich sowohl aus qualitativen als auch quantitativen Elementen der Einzelvariablen aus dem Bereich „Medien“ ergebende Maßzahl des Medienkonsums. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde allen Indizes ein Wertigkeitsbereich zwischen 0 und 5 zugewiesen.⁴⁰

Im Rahmen der Auswertung soll nun in einem ersten Schritt ein eventueller Zusammenhang zwischen dem Interesse der Befragten an der Europäischen Union und der Bereitschaft zur Wahlteilnahme überprüft werden. Bei einer Korrelationsanalyse der beiden Variablen stellt sich ein schwach positiver, aber dennoch auf 0,05-Niveau signifikanter Zusammenhang von 0,188 heraus. Damit bestätigt sich vorläufig die Hypothese von einem positiven Zusammenhang des Interesses an der EU und der Entscheidung, an der Europawahl teilzunehmen.

Anders sieht es dagegen bei einem vermuteten Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Kompetenz des Europäischen Parlaments und der Bereitschaft zur Wahlteilnahme aus. Ursprünglich war zwar davon ausgegangen worden, dass Bürger, die dem EP hohe Kompetenz im europäischen Entscheidungsprozess zuerkennen, auch in stärkerem Maße bereit und willens sind, über die Zusammensetzung dieses

⁴⁰ Anm.: Genaue Berechnung der einzelnen Indizes siehe Anhang III.

Gremiums mitzuentcheiden, ergo an der Europawahl teilzunehmen. Bei der auf Basis der erhobenen Daten durchgeführten Korrelationsanalyse ergab sich zwar ein mit 0,104 schwach positiver, wenngleich jedoch nicht signifikanter Zusammenhang der beiden Variablen, so dass diese Vermutung zumindest für die vorliegende Studie verworfen werden muss.

Interessante Ergebnisse liefern aber insbesondere die Korrelationsanalysen der einzelnen oben bereits erwähnten Indizes mit der Variable „Wahlteilnahme“.

So kann zum Beispiel ein positiver Zusammenhang zwischen dem Index „Wissen Europawahl“ mit der Entscheidung zur Wahlteilnahme festgestellt werden, der mit 0,237 zwar nicht sehr stark positiv ist, gleichwohl jedoch auf einem Niveau von 0,05 als signifikant gelten kann. Somit hat sich die Ausgangshypothese eines positiven Zusammenhangs von Information und Wissen über die Europawahl mit der Wahlteilnahme vorerst bestätigt.

Ein anderes Bild ergibt sich bei dem Index „Wissen EU“, in dem der Wissensstand der einzelnen Probanden im Themenbereich Europäische Union zusammengefasst wurde. Dieser Index weist keine Korrelation auf signifikantem Niveau mit der Variable „Wahlteilnahme“ auf. Die Vermutung, dass ein breites Wissen über die Zusammenhänge in der EU der Bereitschaft zum Wahlgang förderlich ist, kann somit im Rahmen dieser Studie nicht bestätigt werden.

Ähnlich sieht es bei dem Zusammenhang zwischen dem Index „Medienkonsum“ und der Entscheidung zur Wahlteilnahme aus. Hier war ursprünglich davon ausgegangen worden, dass eine höherer Konsum insbesondere seriöser und qualitativ hochwertiger Medien ein hohes politisches Interesse und damit die Wahlbeteiligung fördert. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie können diese Annahme jedoch nicht bestätigen.

Abb. 6: Korrelationskoeffizienten

	Index „Wissen Europawahl“	Index „Wissen EU“	Index „Medien“	Interesse an Europa
Sichere Teilnahme an der Europawahl	0,237 <i>(0,05-Signifikanzniveau)</i>	0,038 <i>nicht signifikant</i>	0,156 <i>nicht signifikant</i>	0,188 <i>(0,05-Signifikanzniveau)</i>

Quelle: eigene Darstellung

Zur Korrelation der Indizes mit der Variable „Wahlgang“ lässt sich zusammenfassend feststellen, dass lediglich beim Index „Wissen Europawahl“ ein signifikanter positiver Zusammenhang mit der Wahlteilnahme festgestellt werden konnte. Damit lässt sich mit den für diese Studie erhobenen Daten nur der positive Einfluss des Wissens und des Informationsgrades über die unmittelbar bevorstehende Wahl auf die Wahlteilnahme

bestätigen. Das Wissen um die Zusammenhänge der EU sowie der Medienkonsum spielen offenbar eine untergeordnete Rolle, die jedenfalls für die Wahlteilnahme nicht als signifikant gelten kann.

Die Index „Medienkonsum“ lässt jedoch noch einige andere interessante Zusammenhänge erkennen. So lässt sich feststellen, dass sowohl der Index „Wissen Europawahl“ als auch der Index „Wissen EU“ mit dem Medienkonsum positiv korrelieren. In diesem Bereich ergeben sich mit 0,342 („Wissen Europawahl“) und 0,287 („Wissen EU“) vergleichsweise starke Korrelationen, die zudem auf 0,01-Niveau höchste Signifikanz aufweisen. Damit lässt sich die Nebenannahme einer positiven Auswirkung eines quantitativ und qualitativ hohen Medienkonsums auf den Grad der Information über die Europawahl und auf das Wissen um die Europäische Union bestätigen.

Weiterhin lässt sich auch ein schon im Vorfeld vermutete Zusammenhang zwischen den beiden Indizes „Wissen Europawahl“ und „Wissen EU“ feststellen. Diese beiden Indizes korrelieren mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,347 auf hohem Signifikanzniveau (0,01). Damit lässt sich die Annahme, dass Befragte mit einem hohen Wissen um die Europäische Union auch über die Europawahl recht gut informiert sind, durch die Ergebnisse dieser Studie vorerst bestätigen.

Mittels einer Zusammenfassung der einzelnen Indizes zu einem Gesamtindex lässt sich die Grundhypothese dieser Arbeit noch einmal in ihrer Gesamtheit prüfen. So ergibt sich bei der Korrelationsanalyse des aus den drei o.a. Indizes zusammengesetzten Gesamtindex mit der Variable „Wahlteilnahme“ ein, wenn auch nicht sehr stark ausgeprägter, positiver Zusammenhang. Da der Koeffizient von 0,188 darüber hinaus als signifikant gilt, darf die Hypothese einer durch Wissen und Information über die EU bzw. die Europawahl sowie den qualitativ und quantitativ hohen Medienkonsum insgesamt positiv beeinflussten Bereitschaft zur Wahlteilnahme vorerst als stichhaltig anerkannt werden.

Was den Einfluss der sozio-demographischen Variablen auf die Entscheidung zum Wahlgang betrifft, so muss dieser der vorliegenden Studie zufolge als relativ gering eingestuft werden. Wie bereits in einem früheren Kapitel erwähnt, wurden die soziodemographischen Daten „Geschlecht“, „Alter“ und „höchster erreichter Abschluss“ bei der Befragung mit erhoben, um mögliche Störvariablen zu identifizieren.

Darüber hinaus besteht auch die zu überprüfende Vermutung, dass ein höherer Abschluss die Bereitschaft zur Wahlteilnahme möglicherweise positiv beeinflusst.

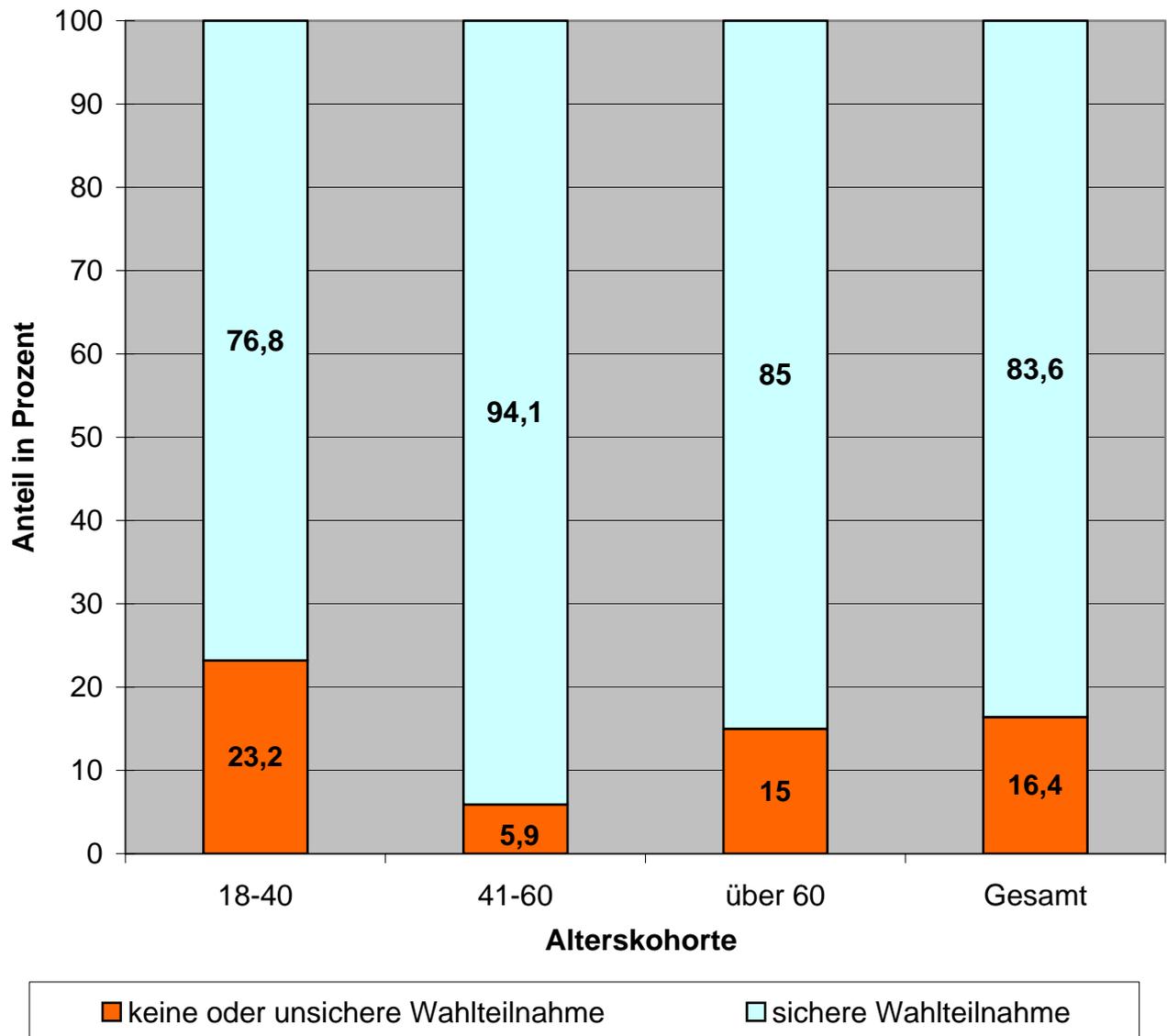
Zwischen den Variablen „Wahlteilnahme“ und „Abschluss“⁴¹ ergibt sich jedoch kein signifikanter Zusammenhang, womit die Hypothese eines positiven Einflusses einer höheren Schulbildung auf die Wahlteilnahme von den Ergebnissen der vorliegenden Studie nicht bestätigt werden kann.

Allerdings sollte an dieser Stelle angemerkt werden, dass sich anhand der erhobenen Daten ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe des Abschlusses sowohl mit dem Wissensstand über die EU (Koeffizient 0,253) als auch mit dem Informationsgrad und dem Wissen um die Europawahl (Koeffizient 0,311) besteht. Beide Zusammenhänge können auf 0,01-Niveau als hoch signifikant eingestuft werden und lassen damit zunächst einmal die Feststellung zu, dass den vorliegenden Ergebnissen zufolge ein höherer Abschluss auch zu einem höheren Wissen um die EU und einer ausgeprägteren Information über die Europawahl führt. Ein signifikanter Zusammenhang des Abschlusses mit dem Index „Medienkonsum“ ließ sich dagegen nicht erkennen.

Auch bei der Korrelation der Variable „Alter“ mit der Wahlteilnahme lässt sich kein signifikanter Zusammenhang feststellen. Insgesamt ergibt sich zwar eine Wahlteilnahme von weit über 80 Prozent, die jedoch bei der Aufschlüsselung nach Alterskohorten zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen führt. Wie auch dem u.a. Schaubild zu entnehmen ist, zeigte sich, dass mit 23,2 Prozent ein überdurchschnittlicher Anteil der Personen aus der jüngsten Alterskohorte (18 bis 40 Jahre) nicht an der Wahl teilnehmen, während der Nichtwähler-Anteil aller befragten Personen bei 16,4 Prozent liegt. Eine weit überdurchschnittliche Wahlbeteiligung lässt sich dagegen in der mittleren Alterskohorte der 41- bis 60-jährigen feststellen, die sich zu über 94 Prozent an der Wahl beteiligen wollen. Bei den über 60-jährigen findet sich mit 15 Prozent jedoch wieder ein höherer Anteil von „Nichtwählern“. Insgesamt lässt sich damit feststellen, dass die Wahlbeteiligung, zumindest was die Ergebnisse der vorliegenden Studie betrifft, insbesondere in der mittleren Altersgruppe (40-60 Jahre) höher ist, als in der jüngeren bzw. älteren Altersgruppe. Die Gründe hierfür konnten leider nicht explizit ermittelt werden, gleichwohl lässt sich vermuten, dass für die Nichtbeteiligung der jüngeren Altersgruppe eher politisches Desinteresse und für die Nichtbeteiligung der ältesten Altersgruppe eher Altersgründe verantwortlich sind.

⁴¹ Anm.: Die Variable „Abschluss“ wurde für diese Korrelation der Schul- bzw. Hochschulabschlüsse umgruppiert, wobei die Reihenfolge der Abschlüsse nach der üblichen Schullaufbahn des deutschen Bildungssystems in aufsteigender Wertigkeit gewählt wurde.

Abb. 7: Nichtwähleranteil nach Alterskohorten



Quelle: eigene Darstellung

Ein durchaus interessanter Zusammenhang ergab sich darüber hinaus zwischen dem Alter und dem Medienkonsum, der mit einem hoch signifikanten Korrelationskoeffizienten von 0,313 darauf hindeutet, dass Personen mit zunehmendem Alter quantitativ und qualitativ mehr Medien konsumieren.

Ein eventueller Einfluss des Geschlechts auf die Entscheidung zur Wahlteilnahme kann jedoch mit größerer Sicherheit verneint werden. So war die Variable „Geschlecht“ von Anfang an nur als potentielle Störvariable bei der Befragung mit erhoben worden. Auch bei der Korrelationsanalyse mit der Wahlteilnahme konnte kein signifikanter

Zusammenhang festgestellt werden, so dass sich ein Einfluss des Geschlechts auf die Wahlteilnahme zumindest bei dieser Untersuchung ausschließen lässt.

Allerdings lässt sich ein Beziehung zwischen der Variable „Geschlecht“ und Informationsgrad bzw. Wissen über die Europawahl feststellen. Auf einem hohem Signifikanzniveau (0,01) deuten die erhobenen Daten darauf hin, dass Männer tendenziell besser über die Europawahl informiert sind als Frauen, wobei der Korrelationskoeffizient mit 0,281 nicht sehr stark ausgeprägt ist.

Abschließend lässt sich damit festhalten, dass die bivariate Auswertung der erhobenen Daten in vielerlei Hinsicht zu bereits vermuteten Ergebnissen führte. Die im Vorfeld aufgestellten Hypothesen konnten mit den erhobenen Daten in vielen Fällen nicht widerlegt werden, so dass sie vorläufig als zutreffend anerkannt werden können. Da die Stärke des Zusammenhangs in Form des berechneten Korrelationskoeffizienten in vielen Fällen wenn auch signifikant, so doch nicht sehr stark ausgeprägt war, mag insbesondere an der insgesamt relativ hohen Bereitschaft der befragten Personen zur Teilnahme an der Europawahl liegen, die sich über fast alle indizierten Gruppen streut und somit relativ starke Korrelationen verhindert.

VII. Fazit und Ausblick

Die Europawahl 2004 brachte viele Diskussionen mit sich. Häufig ging es dabei vor allem um den hohen Nichtwähleranteil bei vorangegangenen Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Ziel dieser Studie war es, Gründe für die (Nicht-)Teilnahme an der Europawahl herauszufinden. Dabei lag das Hauptaugenmerk auf der Frage, inwieweit der Konsum bestimmter Medien sowie das Interesse für und das Wissen über die Wahl selbst und auch für bzw. über die politischen Gesamtzusammenhänge in der Europäischen Union als solche Gründe angesehen werden können.

Da die Grundgesamtheit der zu untersuchenden Objekte mit mehr als 340 Millionen Wahlberechtigten bei weitem zu groß für den Umfang dieser Studie gewesen wäre, wurde aus forschungspragmatischen Gründen eine 110 Datensätze umfassende Stichprobe gezogen. Dies führte jedoch im Verlauf der Untersuchungen dazu, dass die erhobenen Daten leider nicht in allen Fällen als repräsentativ für die Grundgesamtheit angesehen werden konnten, da gerade Alters- und Bildungsgruppen in dieser Studie verzerrt abgebildet waren. Trotzdem konnten viele der bereits im Vorfeld ihrer Erhebung bestehenden Vermutungen nicht widerlegt werden, so gelten die Hypothesen bis zu ihrer möglichen Falsifikation weiter. Gerade bei der bivariaten Auswertung der Daten zeigte sich immer wieder, dass sich die zugrundeliegenden Hypothesen bewahrheiten konnten, oft genug befanden sich die Ergebnisse auch auf einem hohen Signifikanzniveau. So können gerade hohes Interesse und ein umfangreiches Wissen über die EU und die Europawahl nach dieser Studie zu einer sichereren Wahlteilnahme führen. Von den Befragten wurden jedoch im Größeren Maße Pflichtbewusstsein und der Wunsch in Europa mitzubestimmen zu wollen genannt.

Größtes Problem der Studie war jedoch die insgesamt relativ hohe Bereitschaft der Befragten zur Wahlteilnahme, wodurch letztlich eher Anstöße für den Gang zur Wahl als Gründe für eine Nichtteilnahme ermittelt werden konnten. Ob die Umkehrung dieser Ursachen für den Wahlgang in das Negative dann allerdings tatsächlich die Motive für eine Nichtteilnahme widerspiegeln bleibt fraglich. Daher wäre eine Ausweitung der Studie auf eine größere Stichprobe anzuraten, um die Genauigkeit der Ergebnisse zu verbessern und um von tatsächlicher Repräsentativität sprechen zu können.

In diesem Sinne wäre es vielleicht auch sinnvoll gewesen nach der Wahl noch einmal die Umfrage durchzuführen. Dann würde vielleicht etwas weniger oft die sozial erwünschte Antwort nach der Wahlteilnahme gegeben werden, da vielleicht offener zugegeben wird, dass man es nicht zur Wahl geschafft hat. Auch wenn dann wahrscheinlich einkalkuliert werden muss, dass eher Zeitmangel als Desinteresse als Grund der Nichtteilnahme genannt wird.

Aus den nichtrepräsentativen und geringen Angaben zur Nichtwahlteilnahme können leider auch keine Schlussfolgerungen für die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Union oder die der politischen Parteien erlangt werden. Dazu wären Daten nötig, die wirklich für die Gesamtheit der Bevölkerungen Geltung beanspruchen könnten.

Es bieten sich also aus zahlreichen Gründen Anknüpfungspunkte für weitere Studien bezüglich der mangelnden Teilnahme an Europawahlen. Diese Studie konnte nur einen kleinen, kurzen Scheinwerfer auf das Problem werfen.

Literatur

- Baumeister, Klaus 2004: „Auf dem Weg zur Volkspartei“ – Münsters Grüne zum ersten Mal zweite politische Kraft hinter der CDU. In: Westfälische Nachrichten vom 14.06.2004. Nr. 136. S. R MS 1.
- Campbell, Angus 1954: *The Voter Decides*. Evanston.
- Falter, Jürgen W. (Hrsg.) 2002: *Empirische Wahlforschung*. Wiesbaden.
- Fuchs-Heinritz, Werner / Lautmann, Rüdiger / Rammstedt, Otthein / Wienold, Hanns (Hg.) 1994: *Lexikon zur Soziologie*. Opladen.
- Heyer, Axel 2003: *Europawahl in Italien*. In: Europa-Digital, gefunden unter <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/wahl04/italien.shtml>, abgerufen am 19.07.2004
- Lavies, Ralf-Rainer 1973: *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht*. Düsseldorf.
- Lazarsfeld, Paul F. 1944: *The People's Choice*. New York.
- Maurer, Andreas/ Wessels, Wolfgang 2003: *Das Europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza: Akteur, Arena oder Alibi?* Baden-Baden.
- Merriam, Charles E./Gosnell, Harold F. 1924: *Non-Voting. Causes and Methods of Control*. Chicago.
- o. V. o. J.: *Die Wahlbeteiligung in Deutschland 1871-2002*. In: Onlineangebot des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Mainz, gefunden unter http://www.politik.uni-mainz.de/Bereich/bereich1210/lehre/Falter/Falter_VL_WS03_04/FOLDL04_Wahlbeteiligung_Deutschland_WS0203.pdf, abgerufen am 04.06.2004
- o. V. o. J.: *Mehr Kompetenzen für das Parlament*. In: Onlineangebot Europäisches Parlament - Informationsbüro für Deutschland, gefunden unter: <http://www.europarl.de/index.php?rei=8&dok=389&vers=norm&giveid=388&PHPSESSID=b4886c7990f8976142d22c0a57c543cb>, abgerufen am 04.06.2004
- o.V. o. J.: *Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament seit 1979 in %*. In: Onlineangebot: Europa – Eine gute Wahl, gefunden unter: <http://www.europa-waehlt.de/main.php?id=477&PHPSESSID=69320fb77e3c9a9055386abfe7ea99ea>, abgerufen am 04.06.2004 um 16:29.
- o.V. o. J.: *Wahlergebnisse und Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europaparlament 1979 bis 1999 in Deutschland*. In: Onlineangebot: Europa –

Eine gute Wahl, gefunden unter: <http://www.europa-waehlt.de/main.php?id=477&PHPSESSID=69320fb77e3c9a9055386abfe7ea99ea>, abgerufen am 04.06.2004 um 16:29.

- o.v. o.J.: *Wissen (Definition)*. In: Net-Lexikon – das Lexikon im Internet, gefunden unter: <http://www.net-lexikon.de/Wissen.html>, abgerufen am 28.06.2004
- o.V. 2004: *Wahldebakel für die SPD – Absturz in Europa und Thüringen*. In: Westfälische Nachrichten vom 14.06.2004 Nr. 136. S. 1.
- Roth, Dieter 1998: *Empirische Wahlforschung*. Opladen.
- Schmitt, Hermann 2001: *Politische Repräsentation in Europa. Eine empirische Studie zur Interessenvermittlung durch allgemeine Wahlen*. Frankfurt/New York.
- Schmitt, Hermann / Van der Eijk, Cees 2003: *Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl*. S. 279-302 in: Edeltraud Roller, Frank Brettschneider und Jan van Deth (Hrsg) 2003: *Die Europäisierung der öffentlichen Meinung*. Opladen.
- Schultze, Rainer-Olaf 2002: *Wahlforschung*. In: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze(Hrsg.) 2002: *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. München. S.1067-1072.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 2003: *Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Statistisches Bundesamt 2003: *Statistik von A-Z*. In: Destatis Online, gefunden auf <http://www.destatis.de/presse/deutsch/abisz/mikrozensus.htm>, abgerufen am 19.07.04.
- Würzburger, Eugen 1907: *Die „Partei der Nichtwähler“*. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 33.

Anhang I: Fragebogen

„Entschuldigung, darf ich ein kurzes Interview mit Ihnen führen? – Sind Sie zur Teilnahme an der Europawahl berechtigt? - Ich komme von der Universität Münster und mache eine Umfrage zum Thema Europawahl. Sie wird etwa fünf Minuten dauern.“...

1. Interesse Europa

1.1. Wie hoch schätzen Sie Ihr Interesse an der Europäischen Union auf einer Skala von 1-5 ein? 1=sehr niedrig, 5=sehr hoch

1
 2
 3
 4
 5

2. Wissensstand Wahl

2.1. Wann ist die nächste Europawahl? _____

2.2. Was wird gewählt?

_____ weiß nicht

2.3. Haben Sie schon Wahlwerbung gesehen?

Plakate Fernsehen Nein

2.4. Haben Sie sich bereits über die Wahl informiert? (Mehrfachnennungen)

Medien	<input type="checkbox"/>
schriftliche Infos der Parteien	<input type="checkbox"/>
mündliche Infos der Partei(-vertreter)	<input type="checkbox"/>
Gespräche im Bekanntenkreis	<input type="checkbox"/>
Nein	<input type="checkbox"/>

2.5. Werden Sie zur Wahl gehen?

Ja
 Nein
 Vielleicht

Wovon abhängig? _____

3. Wissensstand EU

3.1. Wie viele Mitgliedsstaaten hat die EU seit dem 1. Mai 2004?

_____ Weiß nicht

3.2. Nennen Sie alle Organe der EU, die Ihnen bekannt sind.

3.3. Wie hoch schätzen Sie die Kompetenzen des EP ein in der EU mitzuentcheiden? 1=sehr niedrig, 5=sehr hoch

1
 2
 3
 4
 5

3.4. Wer ist derzeit Präsident des Europäischen Parlaments?

 Weiß nicht

4. Medienkonsum

4.1. Welche Printmedien lesen Sie regelmäßig?

4.2. Welche Nachrichtensendung schauen Sie regelmäßig?

4.3. Welche Politsendungen schauen Sie regelmäßig?

5. Soziodemographische Faktoren

5.1. Geschlecht m w

5.2. Alter _____

5.3. Höchster erreichter Abschluss

Hochschule	<input type="checkbox"/>
Abitur	<input type="checkbox"/>
Fachhochschulreife	<input type="checkbox"/>
Mittlere Reife	<input type="checkbox"/>
Hauptschule	<input type="checkbox"/>
Volksschule	<input type="checkbox"/>
Kein Abschluss	<input type="checkbox"/>
Keine Antwort	<input type="checkbox"/>

„Vielen Dank für Ihre Teilnahme an dieser Untersuchung!“

Anhang II: Regeln für den Interviewer

1. Jeder fünfte Passant, der am Interviewführer vorbeiläuft, wird angesprochen, ob er am Interview teilnehmen möchte.
2. Nur zur Europawahl berechnigte Personen (also auch hier wohnende EU-Ausländer) werden befragt.
3. Die Nummerierung der Fragen dient nur dem Überblick des Interviewführers und zur Orientierung bei der Auswertung; Sie sind beim Stellen der Fragen nicht mit vorzulesen.
4. Beim Ansprechen der Passanten ist erst nach Zustimmung zur Teilnahme am Interview bekannt zu geben, dass das Thema des Fragenkataloges die Europawahl ist. Das Thema „Europa“ als Anreiz zur Teilnahme nur nennen, wenn nachgefragt wird! Somit soll gewährleistet werden, dass ein Passant sich nicht schon auf Grund des Themas –welches doch recht umfangreich ist- sofort gegen eine Teilnahme entscheidet. Es soll möglichst ohne Erwartungsdruck auf die Fragen geantwortet werden können.
5. Wenn der Proband eine Frage nicht beantworten will, ist die Frage durchzustreichen, um zu kennzeichnen, dass sie zwar gestellt aber nicht beantwortet wurde.
6. Zu 2.3.: Falls ja geantwortet wird, fragen wo die Werbung gesehen wurde, dann Plakate und/oder Fernsehen ankreuzen. Falls Radio/Magazine o.ä. genannt wird, bei Fernsehen ankreuzen (zählen wir als kommerzielle Werbung).
7. Zu 2.4.: Unter „schriftliche Infos der Parteien“ fallen Wahlprogramme, Internetauftritte, Flyer u.ä.. „Mündliche Infos der Partei(-vertreter)“ sind z.B. Diskussionsrunden, Gespräche am Stand mit Kandidaten oder Wahlhelfern, Vorträge u. ä. Diese Differenzierungen können dem Probanden als Hilfe genannt werden, falls er nicht weiß, wie er Informationen hier einordnen soll. Zu „Gesprächen im Bekanntenkreis“ gehören auch Diskussionen mit Bekannten.

Unter „Medien“ fällt auch das Internet. Parteiauftritte im Internet gelten jedoch wie oben erwähnt als „schriftliche Infos der Parteien“.

8. Zu 2.5.: Bei „Nein“ oder „Vielleicht“ fragen, wovon die Entscheidung zur Wahl zu gehen abhängig ist. Bei der Antwort „Ja“ ebenfalls fragen, warum zur Wahl gegangen wird.
9. Zu 3.2.: Wenn der Proband nicht weiß, was er unter Organ zu verstehen hat, ist ihm ersatzweise „Institutionen der EU“ zu nennen. Kann er auch diesen Begriff nicht einordnen kann man ihm sagen, dass Institutionen in der BRD zum Beispiel der Bundestag ein Organ ist.
10. Zu 4.1.: Printmedien sollen Zeitungen, Zeitschriften und Magazine umfassen. Auch eventuell gelesene Online-Ausgaben von Zeitungen oder Zeitschriften sind hier einzuordnen.
11. Zu 4.2.: Hier kann ausdrücklich genannt werden, dass Nachrichtensendungen aller Sender gemeint sind, somit sowohl öffentlich-rechtliche, als auch Privatsender und/oder Nachrichtensender, sowohl inländische als auch ausländische wie z.B. CNN.
12. Zu 4.3.: Hier können dem Probanden zur Orientierung Kategorien wie politische Diskussionsrunden oder Magazine mit Berichterstattung genannt werden. Auch der Hinweis, dass sowohl öffentlich-rechtliche als auch private Sendungen genannt werden können, kann gegeben werden.
13. Zu 5.3.: Falls der Proband sein Alter nicht nennen möchte, notiert der Interviewer nach Ende des Interviews sein geschätztes Alter des Probanden, schreibt aber (gesch.) in Klammern dahinter.
14. Zu 5.3.: Ausländische Abschlüsse sind nach Einschätzung des Probanden beim deutschen Äquivalent einzutragen.

Anhang III: Berechnung der Indizes

Index „Wissen Europawahl“:

Dieser Index soll darstellen, inwieweit sich die befragte Person mit Fakten und Informationen rund um die Europawahl 2004 vertraut gemacht hat. Er setzt sich aus folgenden Fragen zusammen:

2.1.: Wann ist die nächste Europawahl? Richtige Antwort: 1 Punkt, falsche/keine Antwort: 0 Punkte.

2.2.: Was wird gewählt? Richtige Antwort: 1 Punkt, falsche/keine Antwort: 0 Punkte.

2.3.: Haben Sie bereits Wahlwerbung gesehen? Nein/keine Angabe: 0 Punkte, Plakate oder Fernsehen: 1 Punkt, Plakate und Fernsehen: 1,5 Punkte.

2.4.: Haben Sie sich bereits über die Wahl informiert? Nein/keine Angabe: 0 Punkte, 1-3 Informationsquellen: 1 Punkt, 4 und mehr Informationsquellen: 1,5 Punkte.

Insgesamt: 0 bis 5 Punkte möglich.

Index „Europawissen“:

Dieser Index soll ein Maß für den Wissensstand der befragten Person bezüglich der Europäischen Union darstellen. Er setzt sich aus folgenden Fragen zusammen:

3.1.: Wie viele Mitgliedstaaten hat die EU seit dem 1. Mai 2004? Richtige Antwort: 1 Punkt, falsche/keine Antwort: 0 Punkte.

3.2.: Nennen Sie alle Organe der EU, die Ihnen bekannt sind. Nur falsche/keine Antwort: 0 Punkte, 1 bis 3 richtige Antworten: 1,5 Punkte, 4 oder 5 richtige Antworten: 2 Punkte, 1 bis 3 richtige und x falsche Antworten: 1 Punkt, 4 oder 5 richtige und x falsche Antworten: 1,5 Punkte.

3.4.: Wer ist derzeit Präsident des Europäischen Parlaments? Richtige Antwort: 2 Punkte, falsche/keine Antwort: 0 Punkte.

Insgesamt: 0 bis 5 Punkte möglich.

Index „Medienkonsum“:

Dieser Index soll ein Maß für den Medienkonsum (sowohl in qualitativer wie auch in quantitativer Hinsicht) der befragten Person darstellen. Er setzt sich aus folgenden Fragen zusammen:

4.1.: Welche Printmedien lesen Sie regelmäßig? Insgesamt: 0 bis 2 Punkte möglich.

- regionale Tages- oder Wochenzeitung(en): 0,5 Punkte
- überregionale Tages- oder Wochenzeitung(en): 1 Punkt
- Nachrichtenmagazin(e): 0,5 Punkte

4.2.: Welche Nachrichtensendung schauen Sie regelmäßig? (Auch Radionachrichten)

Insgesamt: 0 bis 1,5 Punkte möglich.

- öffentlich-rechtliche Nachrichtensendung: 0,5 Punkte
- private Nachrichtenkanal-Nachrichtensendung: 0,5 Punkte
- andere private Nachrichtensendung: 0,25 Punkte
- Radionachrichten: 0,25 Punkte

4.3. Schauen Sie regelmäßig Politsendungen im Fernsehen? Wenn ja, welche?

Insgesamt: 0 bis 1,5 Punkte möglich.

- öffentlich-rechtliche Politsendung: 1 Punkt
- private Politsendung: 0,5 Punkte

Insgesamt: 0 bis 5 Punkte möglich.

Gesamtindex:

Der Gesamtindex wird mittels einer einfachen Addition der drei o.a. Indizes gebildet. Folglich sind hier insgesamt 0 bis 15 Punkte möglich.